

Ein Gespenst geht um in Deutschland: „Die Linke.“ Bereits ihr Name und ihr Parteivorsitzender Oskar Lafontaine (gemeinsam mit Lothar Bisky) irritieren, provozieren und erschrecken viele Beobachter – vor allem in der SPD, aber auch anderswo. Hervorgegangen aus PDS und WASG, droht die alt-neue Kraft, die herkömmliche Parteienlandschaft in Deutschland kräftig umzupflügen. Im Osten feiert sie als PDS bereits seit 1990 fast stetig wachsende Wahlerfolge; dort entsteigt sie seither beinahe bruchlos den Trümmern der SED-Diktatur; mancherorts agiert(e) sie sogar als Koalitionspartner in Landesregierungen. Bei der Bundestagswahl 2005 errang sie erstmals sogar im Westen 4,9 Prozent – mit der WASG im Schlepptau, die einige ihrer Vertreter auf PDS-Listen platziert hatte. Bundesweit überwand sie damals locker die Sperrklausel.

Erstmals mit je einem west- und ostdeutschen Spitzenkandidaten (Lafontaine und Gregor Gysi) angetreten, gelangte sie in Fraktionsstärke in den Bundestag – anders als bei der Bundestagswahl 2002. Im Mai 2007 gelangte die „Linke“ damals als Linkspartei/PDS bei der Bürgerschaftswahl in Bremen erstmals in ein westdeutsches Landesparlament – in Fraktionsstärke; ohne Hilfe der WASG scheiterte die PDS zuvor stets bei Landtagswahlen in Westdeutschland. Kurz: Die „Linke“ wittert Morgenluft. Bislang kann die „Linke“ ihre Propaganda allzu oft unwidersprochen verbreiten. Öffentliche Auseinandersetzungen

mit der Partei und ihren Inhalten kratzen häufig nur an der Oberfläche. Umso wichtiger bleibt es, ihren Populismus stärker zu analysieren. Daran müssen sich sowohl die Sozialdemokraten beteiligen als auch jene Parteien, die Koalitionen mit der „Linke“ klar ausschließen.

„Linke“ und Diktatur

Nach wie vor versucht die „Linke“, den Aufbau der SED-Diktatur mitsamt Enteignungen auf „antifaschistische“ Art zu rechtfertigen, womit sie sich selbst ausdrücklich in die SED-Tradition rückt: „Wir knüpfen an das Engagement all jener an, die sich an der Niederschlagung der verbrecherischen faschistischen Diktatur beteiligten und sich für die Beseitigung der Ursachen des Faschismus eingesetzt haben und einsetzen.“ Damit übergeht sie Opfer der damaligen „Umwälzungen“ – darunter befanden sich, wie die „Linke“ verschweigt, neben tiefbraunen Nationalsozialisten zahlreiche Demokraten, die sich dem SED-Machtanspruch verweigerten. Bis heute versäumt es die „Linke“, sich intellektuell von der SED vollständig zu emanzipieren. Der „Beitritt der DDR zur BRD“ habe, so befindet die „Linke“ heute, „vielfältige direkte gesellschaftspolitische Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen in Ostdeutschland zerstört“. Die SED-Diktatur als Vorbild demokratischer Partizipation?

Die „Linke“ fordert zwar, Menschenrechte überall zu achten und Menschenrechtsverletzungen zu ächten – so heißt

es in ihren programmatischen Eckpunkten: „Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung für Befreiung [...] Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.“ Doch nachdem André Brie und weitere Europaabgeordnete der „Linken“ sowie anderer Fraktionen die kubanische Diktatur kritisiert und eine entsprechende Resolution verabschiedet hatten, betonte Bisky für die „Linke“ deren Nähe zur kubanischen „Volksdemokratie“: „Alle Mitglieder der Linkspartei.PDS begleiten die Entwicklungen auf Kuba mit großer Solidarität und tiefempfundener Sympathie [...] Die Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei werden ihre aktive solidarische Unterstützung des kubanischen Volkes fortsetzen. Die Linkspartei.PDS ist und bleibt ein verlässlicher Freund und Partner Kubas.“ André Brie, Chefideologe der „Linken“, entgegnete: „Eine linke Partei, die die Fehler der SED überwunden haben will, muss gerade einem Land, das sich sozialistisch nennt, kritisch gegenüberstehen, wenn es Menschenrechtsverletzungen begeht. Und das geschieht auf Kuba [...] Die PDS hat trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt.“

Eine Unterorganisation der „Linken“, „Cuba si“, die auf ihrer Homepage diverse Reden Fidel Castros anpreist und veröffentlicht, formuliert noch deutlicher und offensiver als der eigene Parteivorstand: Sie verurteilt „aufs Schärfste die ‚Entschließung des Europaparlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung‘, vom 2. Februar 2006, in der die kubanische Regierung in anmaßendem Stil und arroganter Rhetorik aufgefordert wird, eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen, die nach Ansicht der honorablen Mitglieder des Europäischen Parlaments notwendig sind, um die kubanische Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte voranzutreiben. Die-

ser Anspruch ist absurd, denn Kuba ebenso wie Venezuela und Bolivien sind Teil eines allgemeinen Demokratisierungs- und Entwicklungsprozesses in Lateinamerika, der durch diesen Entschluss des Europaparlaments gezielt attackiert wird [...] Wir fordern alle demokratischen und friedliebenden Menschen in der Linkspartei und in der Bundesrepublik Deutschland und europaweit auf, den kriegstreiberischen Kräften des Europäischen Parlaments und seiner Regierungen entgegenzutreten und das Recht auf friedliche Entwicklung aller Menschen in der Weltgesellschaft zu garantieren.“

Hohn auf Menschenrechte

Nach wie vor hofiert die „Linke“ kommunistische Diktatoren und verhöhnt Opfer von massiven Menschenrechtsverletzungen. Auf dem Vereinigungsparteitag der „Linken“ begrüßte Gysi als Gäste unter anderem Vertreter der kommunistischen Parteien Chinas, Kubas und Russlands. Im September 2007 flog Lafontaine nach Kuba, weil er „an der Entwicklung des Sozialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts interessiert“ sei, womit er demonstriert, was er unter Sozialismus versteht – Sozialismus heißt ja das zentrale Ziel der „Linken“. Auf Kuba monierte Lafontaine, Vertreter der gemäßigten Parteien in Deutschland würden „Menschenrechtsfragen wichtiguerisch instrumentalisieren“, um die „Linke“ zu „diffamieren“. Damit offenbart Lafontaine, wie unglaublich seine Partei mit Menschenrechten umgeht.

Jüngst ehrte Bisky den Chef der „DDR“-Auslandsspionage und stellvertretenden Chef der Staatssicherheit, Markus Wolf, der im November 2006 starb: Ohne Wolfs große Mitverantwortung für schwerste Menschenrechtsverletzungen zu erwähnen, charakterisiert ihn Bisky lediglich als einen „Kämpfer gegen das Nazi-Regime, Chef der Aufklärung der Staatssicherheit, also voller Widersprü-

Ein Gespenst geht um in Deutschland: Der Schatten des Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine während einer Rede auf dem Landesparteitag der Linkspartei in Hessen (August 2007).

© picture-alliance/dpa, Foto: Frank Rumpenhorst



che“. Als Pazifismus getarnt, polemisierte die „Linke“ jüngst gegen die Berliner Ehrenbürgerschaft Wolf Biermanns.

„Linke“ und Demokratie

Die „Linke“ definiert Demokratie anders als westliche Demokraten und versucht, deren Demokratiebegriff zu diskreditieren. Bereits in den programmatischen Eckpunkten der „Linken“ heißt es: „Unsere Gesellschaft ist wie viele andere in der Welt von Massenarbeitslosigkeit, von wirtschaftlichen und kulturellen Spaltungen geprägt [...] Krieg ist wieder zum Mittel der Politik geworden. Imperiale Politik und Fundamentalismus verstärken sich gegenseitig. Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist die [...] konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft.“ Im Kern unterstellt die „Linke“, nur Sozialismus ermögliche und führe zur Demokratie: „Demokratie und Sozialismus bedingen einander“; „Sozialismus und Demokratie“ sind für die Partei „unteilbar“. Damit pocht der Demokratiebegriff der „Linken“ auf einen dogmatischen Alleinvertre-

tungsanspruch nach der Devise: „Ohne Sozialismus keine Demokratie.“ Letztlich will die „Linke“ den „Kapitalismus“, also Demokratie und (soziale) Marktwirtschaft, „überwinden“ und durch ihren „Sozialismus“ ersetzen; der „Kapitalismus“ dürfe nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Im Wahlkampf nennt Lafontaine Bundestagsabgeordnete „Plapperfritzen“ und „Schweinebande“; wer sie alle in einen Sack steckte und draufhauta, träfe immer den Richtigen. Wenn das deutsche Parlament politische Beschlüsse gegen demoskopische Mehrheiten fällt und damit politische Führungskraft beweist, erklärt Lafontaine: „Immer entscheiden zwei Drittel des Deutschen Bundestages gegen die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Die Demokratie ist in der Krise.“ Die „Linke“ will die (repräsentative) Demokratie durch Überforderung schwächen. So fordert sie: „Für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte sowie Bürgerinnen und Bürger wollen wir demokra-

tische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte.“ Dazu gehört vor allem die Forderung der „Linken“, ein „Recht auf den politischen Streik“ einzuführen. Lafontaine übergeht grundlegende Unterschiede, indem er konstatiert, „wenn wir über die Fehlleistungen vergangener Systeme nachdenken, dann war es die, dass man zu wenig Machtkontrolle in die politischen Systeme eingebaut hat. Das gilt nicht nur für den Osten, das gilt genauso für den Westen, das gilt auch heute noch vielerorts auf der Welt.“

Auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung verlas 2007 Heinrich Fink, ehemaliges Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion, ein Grußwort, das an die Versammelten gerichtet war – Autor des Textes: der inhaftierte RAF-Terrorist Christian Klar, der bis heute den genauen Hergang von Mordfällen verschweigt, die er und andere RAF-Mitglieder begangen haben. Klars Grußwort ist in der Sprache der früheren Bekennerschreiben verfasst. Als Politiker der gemäßigten Parteien daraufhin Fink und Klar deutlich kritisierten, entgegnete der PDS-Politiker, „dass Klar weiter wegen seiner politischen Haltung einsitzt“. Bereits die SED pflegte bekanntlich enge Kontakte zur RAF. Immer wieder wettert die „Linke“ in rechtsextremer Diktion gegen „Siegerjustiz“, obwohl die meisten Täter der SED-Diktatur heute frei herumlaufen.

„Linke“ und soziale Marktwirtschaft

Die „Linke“ agiert und agitiert als deziert antikapitalistische Kraft. Sie verspricht fast alles. Sie nährt Null-Tarif-Illusionen. So fordert sie, „gebührenfreie ganztägige Betreuung in Kindertagesstätten“, „Lehrmittelfreiheit an den Schulen“, „kostenfreie Bildung“, eine „Ausbildungsplatzumlage“, „höhere Reallöhne und Arbeitszeitverkürzung“, einen „bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Dienstleistungen“, einen „gesetzlichen

Mindestlohn“, eine neue „Vermögensteuer“, eine höhere Erbschafts- und einen höheren Spaltensteuersatz, eine „steuerfinanzierte, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung“, höhere Renten, ein „Renteneintrittsalter ab sechzig Jahren, ohne Abschläge“ und „soziale Grundrechte“ im Grundgesetz, darunter das Recht auf „unentgeltliche Bildung“. Zwar will die „Linke“ mittelständische Unternehmen fördern. Doch finden sich in ihrer Programmatik viele weitere Folterwerkzeuge gegen Arbeit-Geber. Damit fungiert sie als Investorenschreck, der Beschäftigung per saldo senkt statt steigert, unter anderem durch mehr Mitbestimmung („Wirtschaftsdemokratie“) – Investoren, die Arbeitsplätze schaffen, verfügen über mindestens drei Mittel gegen verschlechterte Bedingungen: Investitionsverweigerung, Auswanderung oder Schwarzarbeit.

Um die besser verdienende SED- und Stasi-Klientel sowie ihre Sympathisanten zu erfreuen, kritisiert die „Linke“ angebliche „Diskriminierungen der Ostdeutschen im Rentenrecht“. Beinahe selbstverständlich: Die „Linke“ wendet sich sowohl gegen eine „Politik des ‚Förderns und Förderns‘“ als auch gegen „Studiengebühren in jeder Form“; sie verlangt nach mehr öffentlicher Finanzierung für Weiterbildung und Hochschulen („Demokratisierung der Hochschulen“). Im Unterschied zur „Linken“ forderte bereits Karl Marx Studienbeiträge, die heute üblicherweise sozialverträglich gestaltet sind: „Wenn höhere Unterrichtsanstalten unentgeltlich sind, so heißt das faktisch, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten.“ Kennt die „Linke“ ihre Klassiker nicht?

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der „Linken“

Die „Linke“ präsentiert sich als pazifistische Partei. Wie Gysi betont, ist seine Par-

tei „im Unterschied zu den anderen Parteien [...] der Auffassung, mittels Krieg kann man keine Probleme lösen. Deshalb sind wir eine strikte Friedenspartei [...] das steht auch so im Grundgesetz!“ Mit demselben Tenor bemängelt Lafontaine die bundesdeutsche „Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen“. Weiter kritisiert die „Linke“ die angebliche „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ und erklärt sogar: „Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden [...]. Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden.“ Dass die NATO gerade auch eine Wertegemeinschaft ist, verschweigt die „Linke“; ebenso übergeht sie, wie stark Diktaturen in der UNO dominieren und immer wieder UNO-Beschlüsse verhindern.

In ihren programmatischen Eckpunkten beklagt seine Partei: „Krieg ist wieder zum Mittel der Politik geworden. Imperiale Politik und Fundamentalismus verstärken sich wechselseitig.“ Ohne zwischen Demokratie und Diktatur zu differenzieren, ohne mörderische Methoden der Taliban zu erwähnen, ohne die zentralen Ziele des demokratischen Antiterrorkampfes anzudeuten, erläutert die „Linke“, warum es nach ihrer Ansicht in der Welt immer wieder zu Unfrieden kommt – und nennt mit USA und Kapitalismus zwei Haupturheber: „Die imperiale Politik unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika zielt auf eine ganz der Kapitalverwertung untergeordnete Welt, auf die ungehinderte Verfügung über Rohstoffe und Energieträger, auf Ausweitung von Herrschaft und Einflusssphären. Aufgekündigt ist die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg

verbietet.“ Wer so formuliert, sollte gelegentlich die Frage beantworten, wo es zum Beispiel in Bosnien massenhafte Ölquellen gibt und wer welche okkupiert hat.

Lafontaines Bemerkung, dem Iran müsse es erlaubt sein, Atomwaffen zu erlangen, weil Israel über Atomwaffen verfüge, stellt die Diktatur Iran und die rechtsstaatliche Demokratie Israel auf eine Stufe. Die „Linke“ beklagt die „neoliberalen Ausrichtung der Europäischen Integration“. Deshalb verlangt Parteivorsitzender und Fraktionschef Lafontaine nach einer europäischen Wirtschaftsregierung, „die verbindliche Leitlinien für die Mitgliedsstaaten erlässt“; ebenso plädiert er für einen „deutsch-französischen Bund“ – zugleich moniert Lafontaine mit antiamerikanischer Attitüde: „Auch nach der Einheit ist die Bundesrepublik immer noch kein souveränes Land.“

Das „Volk“, fordert Lafontaine im nivellierenden Kollektivsingular, solle über eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU ebenso abstimmen wie über die Europäische Verfassung. Zu lange habe Deutschland es „versäumt, die Menschen bei dem Fortgang der europäischen Einigung zu beteiligen. Diesbezüglich wurde bislang alles in undemokratischer Weise über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entschieden.“ Damit unterstreicht er seine Distanz zur repräsentativen Demokratie. Fazit: Beharrlich weigert sich die „Linke“, jegliche Unrechtsregime klar zu verurteilen. Sie ist bislang weit davon entfernt, eine lupenrein demokratische (und damit antietremistische) Partei zu sein; ihre Ablehnung der Demokratie ist gelegentlich subtil, aber durchsäuert ihre gesamte Programmatik.